Die Oberbürgermeisterin

Niederschrift (Öffentlicher Teil)
Sitzung des Rates der Stadt Aachen

Sitzungstermin: Mittwoch, 05.02.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:56 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	**Bemerkung**
Sibylle Keupen	

Gremienmitglieder

Name	**Bemerkung**
Noah Wagner	
Norbert Plum	
Hilde Scheidt	
Dr. Margrethe Schmeer	
Christoph Allemand	
Harald Baal	
Ellen Begolli	
Silke Bergs	
Marc Beus	
Peter Blum	
Franca Braun	
Dr. Sebastian Breuer	
Julia Brinner	bis 18:11 Uhr
Andrea Derichs	
Hans Leo Deumens	
Birdal Dolan	
Mathias Dopatka	bis 20:02 Uhr
Elke Eschweiler	
Achim Ferrari	
Wilfried Fischer	ab 17:30 Uhr
Ulla Griepentrog	
Daniel Hecker	
Wilhelm Helg	
Johannes Hucke	

Name	Bemerkung
Klaus-Dieter Jacoby	
Hans Peter Kehr	
Holger Kiemes	
Nathalie Koentges	
Boris Linden	
Lars Lübben	
Markus Mohr	
Sigrid Moselage	
Kaj Neumann	
Henning Nießen	
Wolfgang Palm	
Hermann Josef Pilgram	
Hildegard Pitz	
Carsten Schaadt	
Karin Schmitt-Promny	
Michael Servos	
Jöran Stettner	
Tobias Benedikt Tillmann	
Jakob von Thenen	
Renate Wallraff	
Monika Annette Wenzel	
Dr. Heike Wolf	
Relindis Becker	
Doris Kurschilgen	
Dr. Julia Oidtmann	
Dirk Szagunn	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Britta Hommelsheim	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Sebastian Becker	entschuldigt
Jörg Bogoczek	entschuldigt
Gaby Breuer	entschuldigt
Annika Fohn	entschuldigt
Iris Lürken	entschuldigt
Tobias Molitor	entschuldigt
Daniela Parting	entschuldigt
Peter Tillmanns	entschuldigt

Gäste:
Herr Dr. Westen, Kanzlei Heuking
Frau Dr. Göp-Krumme, Kanzlei Heuking

Tagesordnung
Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.11.2024 öffentlicher Teil	
4	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.12.2024 (öffentlicher Teil)	
5	Vorstellung des Bürger*innengutachtens 2024	**FB 01/0608/WP18**
5.1	Bürger*innenrats-Gutachten 2024: Entgegennahme und Beschluss zur weiteren Bearbeitung des Bürger*innenratsgutachten 2024 Ergänzungsvorlage zu FB 01/0608/WP18	**FB 01/0633/WP18**
6	Ständiger Aachener Bürger*innenrat: Ergebnisse der Evaluation und Konzept zur optimierten Verstetigung	**FB 01/0620/WP18**
7	Haus der Neugier	**Dez. I/0033/WP18**
8	Baustopp Uniklinikum Aachen und Auswirkungen auf die Stadt Aachen hier: Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen von GRÜNE und SPD vom 18.12.2024	**Dez. I/0035/WP18**
9	Baumaßnahme im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans und des Rettungsdienstbedarfsplans Neubau Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr Richterich und Rettungswache Richterich, Roder Weg 7 Entwurf mit Kostenberechnung (Lph 3) sowie erweiterter Planungsbeschluss (Lph 4, 5, 6)	**FB 37/0064/WP18**
10	Wirtschaftsplan 2025 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudemanagement der Stadt Aachen	**E 26/0220/WP18**
11	Bericht der PKF Fasselt Partnerschaft mbB - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte über den Jahresabschluss zum 31.12.2023 und Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2023 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener Stadtbetrieb der Stadt Aachen sowie Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses für das Jahr 2023	**E 18/0272/WP18-1**

TOP	Betreff	Vorlage
12	Wirtschaftsplan 2025 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener Stadtbetrieb der Stadt Aachen	**E 18/0275/WP18-2**
13	Benehmensherstellung für die differenzierte Regionsumlage 2025	**Dez II/0106/WP18**
14	Querbeet für erwerbsunfähige suchtkranke Menschen in der StädteRegion Aachen	**FB 56/0556/WP18**
15	Anfragen	
15.1	Ratsanfragen	**FB 01/0629/WP18**
15.2	Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen	**FB 01/0630/WP18**
16	Ratsanträge	**FB 01/0631/WP18**
17	Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien:	
17.1	Umbesetzungsantrag der AfD-Ratsgruppe vom 03.01.2025	**FB 01/0624/WP18**
18	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll
Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt für heute seien Ratsherr Becker (SPD), Ratsherr Bogoczek (DIE Zukunft), Ratsfrau Breuer (CDU), Ratsfrau Fohn (CDU), Ratsfrau Lürken (CDU), Ratsherr Molitor (Die PARTEI), Ratsfrau Parting (SPD), Ratsherr Tillmanns (CDU) sowie Beigeordneter Hissel.

Als Stimmzähler sollen sich Ratsherr Hecker (CDU) und Ratsherr Linden (SPD) bereithalten.

Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Frage 1:
Frau H. bezieht sich auf ihre mündliche Anfrage aus der Ratssitzung am 04.12.2024 an Ratsherrn Hecker zur Ampelschaltung in der Mariabrunnstraße, die im Rahmen der sich in der unteren Reumontstraße/ Ecke Südstraße befindlichen Baustelle durch die Regionetz eingerichtet worden sei. Sie könne feststellen, dass diese Ampelschaltung immer noch eine bis zu 7-minütige Rotphase beinhalte und während der Grünphase nur zwei Fahrzeuge in den Boxgraben einbiegen können. Sie fragt Ratsherrn Hecker, ob die Möglichkeit bestehe, die Ampel zeitnah um eine Anzeige der Wartezeit zu erweitern sowie eine Überprüfung der Ampelschaltung vorzunehmen. Weiterhin bittet sie zu prüfen, ob die Ampelanlage in den späten Abendstunden ausgeschaltet sowie an den Wochenenden zu einem späteren Zeitpunkt wieder eingeschaltet werden könne.

Ratsherr Hecker (CDU) dankt für die Frage und erklärt, dass er zwischenzeitlich die Information erhalten habe, dass eine Umrüstung der Ampelanlage aufgrund der hohen Kosten von rund 15.000 Euro nicht möglich sei. Die Frage zu einer geänderten Ampelschaltung in den Abendstunden/ am Wochenende werde er prüfen und der Fragestellerin eine Beantwortung zukommen lassen.

Frage 2:
Herr S. richtet seine Frage zu den Bauarbeiten rund um das Theater an Beigeordnete Burgdorff. Er fragt, ob geprüft worden sei, inwieweit durch eine eineinhalb- oder zweischichtige Arbeitsweise in den Sommermonaten die Bauzeit verkürzt werden könne, um die negativen Auswirkungen für Bürger, Handel, Gastronomie, Tourismus sowie auf die städtischen Gewerbeeinnahmen zu minimieren. Darüber hinaus sei es aus Gründen des Klimaschutzes geboten, die durch zusätzliche Umweg- und Suchverkehre entstehenden CO2-Emissionen zu reduzieren. Die lange Sperrung der Turmstraße bei gleichzeitiger Sperrung des Templergrabens könne hier als abschreckendes Beispiel genannt werden, denn laut einer quantitativen Abschätzung durch Rechtsanwalt Dr. Otten habe dies täglich zu bis zu 12.390 kg zusätzlichen CO2-Emissionen geführt.

Beigeordnete Burgdorff erläutert, dass die Bauarbeiten in verschiedenen Phasen und von verschiedenen Auftragnehmern durchgeführt werden. Aktuell sei die Regionetz der Auftraggeber, welcher im Anschluss durch die Stadt Aachen abgelöst werde. Sie betont, dass die Stadt den Bauunternehmern grundsätzlich Bauzeitenpläne vorgebe, die von den Firmen eingehalten werden müssen, wobei die Stadt Aachen hierbei keinen Einfluss auf die

Arbeitsweise nehme. Sie betont, dass die Stadt immer an einer möglichst kurzen Bauzeit interessiert sei. Aus diesem Grunde habe man, auch auf der Grundlage von Expertenmeinungen, Abstand davon genommen, den Verkehr durch die Baustelle zu leiten.

Herr S. fragt nach, ob man Vergleiche zur Neugestaltung der Maastrichterlaan aufgestellt habe, die innerhalb kurzer Zeit fertig gestellt werden konnte.

Beigeordnete Burgdorff antwortet, dass man keinen Vergleich zwischen der Aufgabenstellung der Maastrichterlaan und dem Bauvorhaben am Theaterplatz aufstellen könne, da am Theater 90% Untergrundbaustelle vorhanden sei und dies wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehme als die Gestaltung der Oberfläche.

Frage 3:
Herr N. von der Uni.Urban.Mobil bezieht sich auf die Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Aachen. Er teilt mit, dass die studentische Initiative eine Petition gestartet habe und diese zwischenzeitlich von über 1.000 Aachener Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben worden sei. In dieser Petition werde auf die vielfachen Probleme der alten Stellplatzsatzung hingewiesen, insbesondere auch auf die Überkapazität an Parkplätzen in der Stadt. So zeige eine Erhebung eines Institutes der RWTH, dass die Parkhäuser der RWTH teilweise eine Überkapazität von 75 % aufweisen. Er fragt, inwiefern die in der Petition aufgestellten Forderungen durch den Entwurf der neuen Stellplatzsatzung berücksichtigt werden, insbesondere im Hinblick auf die Kfz-Stellplätze.

Beigeordnete Burgdorff führt aus, dass das Anliegen bei der Stadt Aachen eingegangen sei, wobei es sich hierbei nicht um eine förmliche Petition, sondern um eine Bitte an die Verwaltung handelt. Grundsätzlich regele die Stellplatzsatzung die ruhende Mobilität, die bei Zu- und Abgangsverkehren bei neuen Bauvorhaben entstehe und sei keine Mobilitätsregelungs-Satzung generell. Alte Bauvorhaben haben Baulasten erzeugt, die in der Vergangenheit relativ weit vom eigentlichen Bauvorhaben abgetragen worden seien. Nun liegen diese Baulasten in Parkhäusern, die jedoch nicht mehr in Bezug zu der eigentlichen Nutzung des Gebäudes stehen. Rechtlich könne eine Baulast jedoch nur dann verändert werden, wenn ein neuer Bauantrag für die Ursprungsnutzung gestellt werde. Somit könne man vorhandene Probleme nicht über die neue Stellplatzsatzung lösen, sondern nur über neue Bauanträge. Weiterhin teilt sie mit, dass bei der Verwaltung diverse Rückfragen und Hinweise zum Entwurf der Stellplatzsatzung eingegangen seien, so dass derzeit eine Überarbeitung dieser Satzung erfolge und dem Rat eine neue Fassung des Entwurfes zur Beratung vorgelegt werde. Sie betont, dass der Rechtsrahmen keine Möglichkeit für einen Bürgerbeteiligungsprozess vorsehe, die Verwaltung die eingereichten Hinweise jedoch prüfen und der Politik unterbreiten werde.

Frage 4:
Herr T. von der Uni.Urban.Mobil richet seine Frage zur Stellplatzsatzung an Beigeordnete Burgdorff. Er möchte wissen, ob es grundsätzlich sinnvoll sei, innerhalb des Alleenrings mehr Stellplätze zu schaffen, wie die neue Stellplatzsatzung dies vorsehe. Nach seiner Berechnung müssen an mehreren Stellen bei neuen Bauvorhaben mehr neue Stellplätz geschaffen werden.

Beigeordnete Burgdorff antwortet, dass es eine unterschiedliche Auffassung zur Reduktion der Stellplätze gebe und die Verwaltung dies aktuell kläre. Sie schlägt vor, dass dies im Rahmen der Beratung der Stellplatzsatzung weiter thematisiert werde.

Frage 5:
Herr H. bezieht sich auf den Umbau der Theaterstraße und berichtet, dass aktuell die Lieferanten mit ihren Bikes und E-Scootern über den Bürgersteig auf der rechten Seite ausweichen und dies zu einer gefährlichen Situation führe. Er möchte anregen, dass hierzu eine Lösung gefunden werde, zum Beispiel durch die Bildung einer Gasse in der roten Absperrung mit einer eindeutigen Beschilderung für Fahrräder. Alternativ könne man eindeutige Hinweise auf die Wirichsbongardstraße als Fahrradstraße anbringen oder die Durchfahrt blockieren.

Beigeordnete Burgdorff bittet den Fragesteller, den Hinweis schriftlich an die Email-Adresse theater-platz@mail.aachen.de zu übersenden. Über dieses Postfach werden alle Anregungen zur weiteren Prüfung im

Rahmen der Straßenverkehrsordnung gesammelt. Grundsätzlich sei es nicht ungewöhnlich, dass bei neu eingerichteten Baustellen zu Beginn der Bauphase derlei Probleme auftreten können. Die Stadt Aachen sei aus diesem Grunde dankbar für Anregungen und Hinweise.

Frage 6:
Herr K. spricht als Vorsitzender der Aachener Kioskbetreiber und betont, dass es den Betreibern ohne den Verkauf an den Sonntagen wirtschaftlich schlecht gehe. Die gesetzlichen Vorgaben seien ihm bekannt, er möchte die Verwaltung jedoch um einen Gesprächstermin und Hilfestellung bitten.

Oberbürgermeisterin Keupen erklärt, dass sie die wirtschaftliche Not der Kioskbetreiber gut nachvollziehen könne, allerdings sei die Stadt Aachen an die gesetzlichen Vorgaben der Landesregierung gebunden. Gerne könne ein Termin zu einer gemeinsamen Gesprächsrunde vereinbart werden um die Thematik nochmal detailliert zu besprechen.

Stadtdirektorin Grehling verweist auf vergangene Diskussionen zu dieser Thematik, wobei dies nicht weitergehende Gespräche ausschließen müsse. Auch sie betont, dass die rechtlichen Vorgaben eingehalten werden müssen. Wie ihr bekannt sei, haben die Kioskbesitzer in der Zwischenzeit Bemühungen zur Einbindung der politischen Vertreter unternommen, mit dem Ziel, Einfluss auf die Landesregierung zu nehmen. Gerne könne hierzu ein weiterer Versuch zu einem gemeinsamen Gespräch unternommen werden um ggf. Hilfestellung zu geben.

Frage 7:
Herr L. hat eine Nachfrage an Beigeordnete Burgdorff zur Stellplatzsatzung. Hierin sei beschrieben, dass mit den Mobilitätskonzepten die Möglichkeit bestehe, die Anzahl der zu schaffenden Stellplätze zu verringern, sogar um bis zu 100%. Er fragt, wie hoch der Aufwand sei, um ein Mobilitätskonzept zur Verringerung der Stellplätze aufzustellen und ob der Aufwand für kleinere Bauvorhaben wie z.B. ein Ein- oder Mehrfamilienhaus auch akzeptabel sei.

Beigeordnete Burgdorf erklärt, dass der aktuelle Entwurf der Stellplatzsatzung eine Bagatellgrenze für Dachausbauten und ggf. einige weitere Fälle vorsehe. In einer nächsten Ebene gebe es bei kleineren Bauvorhaben zwei Reduktionsmöglichkeiten, einmal über die Zone sowie über ein Standardberechnungsverfahren. Bei komplexen Bauvorhaben komme sodann in einem nächsten Schritt das Mobilitätskonzept zur Anwendung. Eine gesonderte Stelle innerhalb der Verwaltung nehme die Bewertung der Mobilitätskonzepte vor, da kein Standardverfahren existiere. Eine Beurteilung des Aufwandes für ein offenen Verfahrens ohne Kenntnis über das Bauvorhaben sei hierbei nicht möglich.

Zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.11.2024 ungeändert beschlossen

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:
Der Rat der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 06.11.2024 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.12.2024 (öffentlicher Teil)
ungeändert beschlossen

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:
Der Rat der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 04.12.2024 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 1 Enthaltung

Zu 5 Vorstellung des Bürger*innengutachtens 2024

FB 01/0608/WP18

Zu 5.1 Bürger*innenrats-Gutachten 2024: Entgegennahme und Beschluss zur weiteren Bearbeitung des Bürger*innenratsgutachten 2024
ungeändert beschlossen
FB 01/0633/WP18

Ratsherr Dopatka (SPD) spricht als Vorsitzender des Bürgerforums und nimmt Bezug auf TOP 5.1 und TOP 6. Das Bürgerforum habe die Entwicklung des Bürger*innenrats-Gutachten mit großem Interesse verfolgt. Nach dem ersten Bürger*innenrat seien Wünsche zur Optimierung des Verfahrens geäußert worden, insbesondere im Hinblick auf die Anzahl der Vorschläge mit einer breiten Streuung. Im neuen Gutachten seien nun 10 Kernpunkte mit vielen interessanten Anregungen erarbeitet worden und man freue sich auf die weitere Umsetzung. Abschließend bezieht er sich auf die zu beratende Vorlage der Verwaltung, in der eine Einstufung der Empfehlungen in 3 Kategorien vorgenommen werde. Auch wenn die Verwaltung mit dem heutigen Beschluss beauftragt werde, Umsetzungsvorschläge zu den Empfehlungen in der Kategorie 3 zu erarbeiten, bedeute dies nicht, dass die Vorschläge der anderen beiden Kategorien außer Betracht bleiben. Vielmehr sei dieser Beschluss als erster Schritt für die Umsetzung zu sehen und die SPD-Fraktion begrüße dieses Verfahren.

Bürgermeisterin Scheidt (GRÜNE) erinnert zurück an die anfängliche Skepsis gegenüber diesem Thema und betont, dass es gut und richtig gewesen sei, diese neue Form der Bürgerbeteiligung einführen. Nun liege das zweite Bürger*innenrats-Gutachten als Handout vor, was ihr persönlich sehr wichtig gewesen sei. Denn hierdurch werde der Arbeitsprozess dokumentiert und es seien Stellungnahmen der einzelnen Teilnehmer*innen enthalten. Sie selbst habe bei ihrer Teilnahme miterleben dürfen, wie konzentriert und zukunftsorientiert in den Bürgerräten gearbeitet werde. Sie betont, dass die Vorschläge der Bürger*innen ernst genommen werden müssen, denn diese Vorschläge zeigen auf, an welchen Stellen im Kinder- und Jugendbereich und bei den Familien in der Stadt nachzubessern sei. In ihrer Funktion als Vorsitzende des Kinder- und Jugendausschusses bedankt sie sich bei allen, die mitgewirkt haben und bittet darum, dass die Vorschläge auch im Fachausschuss diskutiert werden dürfen. Denn es sei wichtig, dass auch die Fachpolitiker*innen sowie die Vertreter*innen der Träger mit beraten. Abschließend spricht sie sich noch einmal für den vorliegenden Beschlussvorschlag aus, auch als Zeichen dafür, dass die Arbeit mit den Bürger*innen ernst genommen werde.

Ratsfrau Moselage (FDP) spricht im Namen der FDP-Fraktion ihren Dank und ihre Anerkennung aus. Insbesondere schätze sie die Hürde der Einarbeitung in sachfremde Themen, um überhaupt Handlungsempfehlungen abgeben zu können. Umso wichtiger sei es, dass Politik und Verwaltung diese Empfehlungen, die auch in viele bereits angestoßene Projekte eine neue Dynamik einbringen, nun weiterverfolgen.

Ratsfrau Derichs (CDU) schließt sich den Dankesworten ihrer Vorredner an. Sie sei beeindruckt, dass so viele Menschen ihre Zeit investieren, um sich mit viel Begeisterung den Themen zu widmen. Die CDU-Fraktion sehe dem kommenden Bürger*innenrat mit Spannung entgegen und wünsche dem Begleitgremium viel Erfolg für die Auswahl der Vorschläge.

Ratsherr Deumens (Die Linke) dankt ebenfalls allen, die am Bürger*innenrat teilgenommen haben für die Arbeit und die eingereichten Vorschläge. Diese Vorschläge müssen nun transparent von der Verwaltung, unter Einbeziehung der Politik, bearbeitet werden, damit alle Menschen in der Stadt hierüber Kenntnis erlangen.

Ratsherr Palm (AfD) teilt mit, dass die AfD-Ratsgruppe sich mit dem Gutachten befasst habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass dieses aus ihrer Sicht nicht zielführend sei. Man habe zwar ein funktionierendes Bürgerforum und möchte den Bürgern eine demokratische Teilnahme nicht verweigern, allerdings dürfe man den zweiten Schritt nicht vor dem Ersten machen. Denn in einem ersten Schritt müsse man absolute Transparenz herbeiführen, beispielsweise durch eine Live-Übertragung der Ratssitzungen. Nur so könne man den Bürgern den gleichen Wissensstand vermitteln wie der Politik. Aus diesem Grund werde die AfD-Ratsgruppe den Beschluss ablehnen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Oberbürgermeisterin Keupen sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Verwaltung mit der weiteren Vorbereitung zur Umsetzung der Empfehlungen des Bürger*innenrats-Gutachten 2024 aus der Kategorie 3 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich, 2 Gegenstimmen

Zu 6 Ständiger Aachener Bürger*innenrat: Ergebnisse der Evaluation und Konzept zur optimierten Verstetigung

ungeändert beschlossen
FB 01/0620/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen möchte einleitend hervorheben, dass es gelungen sei, eine wechselseitige Transparenz zwischen den Bürger*innen und der Arbeit im Rat sowie in den Ausschüssen herzustellen. Auch wenn sich die Themen gelegentlich überschneiden, zeige dies doch die Bereitschaft zu einem gemeinsamen Handeln durch die Bürger*innen, die Verwaltung und die Politik und stärke nicht nur die Demokratie sondern auch das Vertrauen in Verwaltung und Politik. Besonders in der heutigen Zeit sei dies von großer Bedeutung.

Ratsherr Servos (SPD) führt aus, dass Aachen mit dem ständigen Bürger*innenrat eine Vorreiterrolle einnehme. Dies sei mit einer besonderen Herausforderung, mit einer besonderen Verantwortung, aber auch mit bemerkenswerten Schwierigkeiten verbunden. Es sei sehr hilfreich, sich das Gutachten, das der Vorlage angehängt sei, im Detail anzuschauen. Man sei mit dem Projekt ohne Erfahrungen gestartet und die Arbeit in den letzten Jahren sei in vielerlei Hinsicht sehr wertvoll gewesen. Bei Betrachtung des Gutachtens könne man feststellen, dass hierin auch viele kritische Anmerkungen zu finden seien. Diese zeigen auf, dass die soziale Durchlässigkeit mit dem bestehenden Verfahren nicht erreicht werden konnte. Ein zweiter, wichtiger Kritikpunkt sei, dass das Wissen über das Geschehen in der Stadt den Teilnehmenden am Bürgerrat nicht vermittelt worden sei. Man könne nicht erwarten, dass die Teilnehmer ein Wissen über die politischen Geschehnisse, getroffene Beschlüsse, eingeleitete Maßnahmen, Wechselwirkungen auf andere Politikfelder oder finanzielle Auswirkungen mitbringen. Diese vorgenannten Herausforderungen seien in dem Gutachten prägnant benannt und es sei wichtig, dass man diese Punkte für den anstehenden Bürger*innenrat verbessere, insbesondere auch, da dieser Bürger*innenrat der Letzte vor der Kommunalwahl sein werde. Für die SPD-Fraktion sei der Bürger*innenrat ein besonderes Anliegen und aus diesem Grunde möchte er darauf hinweisen, dass eine Nachbesserung erfolgen muss, damit der Bürger*innenrat

in Aachen sich auch als Vorbild für andere Städte weiterentwickelt.

Ratsherr Deumens (Die Linke) teilt mit, dass die Fraktion Die Linke dem Beschlussvorschlag gerne zustimmen werde, damit der Bürger*innenrat sich in Aachen verstetigen könne. Er möchte positiv hervorheben, dass durch die Reduzierung auf nur 10 Empfehlungen eine bessere und zielführende Bearbeitung durch die Verwaltung möglich sein werde. Weiterhin befürworte er die stärkere Einbindung von Expertinnen und Experten sowie die Kompensation zur Ausfallquote. Wie in der Vorlage beschrieben, sei es auch wichtig, dass die Empfehlungen zielgerichtet bearbeitet werden. Im Namen der Fraktion möchte er aber auch Kritik an den Optimierungsvorstellungen üben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Fraktion Die Linke seit dem ersten Begleitgremium stets betont habe, dass die Verwaltung sowie die Politik nicht zu viel Einfluss nehmen dürfen. Die Vorlage der Verwaltung sehe nun jedoch eine stärkere Einbindung des Stadtrates als Optimierungsvorschlag vor. Weiterhin solle der Verwaltungsvorstand zukünftig drei Themenvorschläge unterbreiten, auch um den Bürger*innen das Verfahren aufzuzeigen. Diese Punkte erachte die Fraktion Die Linke als sehr kritisch.

Ratsfrau Brinner (GRÜNE) betont, dass der Bürger*innenrat eine zunehmend wichtige Institution im demokratischen Gefüge in Aachen darstelle, das Verfahren allerdings noch weiter verbessert werden müsse. Umso wichtiger sei es, dass während der Evaluationsphase zu den ersten drei Bürger*innenräten eine wissenschaftliche Begleitung erfolge. Hierdurch seien bereits Verbesserungsvorschläge unterbreitet worden, wie zum Beispiel die stärkere Einbindung von unterrepräsentierten Gruppen. Und auch die Politik sowie die Verwaltung solle prüfen, ob eine bessere und schnellere Umsetzung der Empfehlungen möglich sei. Weiterhin möchte sie Bezug nehmen auf den Wortbeitrag von Ratsherrn Deumens zur stärkeren Einbindung der Politik und Verwaltung. Auch die GRÜNE-Fraktion habe dies diskutiert und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Einbindung auch zur Stärkung des Bürger*innenrats beitragen und als sinnvolle Ergänzung dienen könne.

Ratsfrau Derichs (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem heutigen Beschlussvorschlag folgen werde. Sie führt aus, dass der Bürger*innenrat sich fortlaufend weiterentwickeln werde und dies auch zwingend erforderlich sei. Den Vorschlag zur Einschränkung der Anzahl der Themen bewerte sie als positiv. Abschließend bezieht sie sich auf die Wortmeldung von Ratsherrn Deumens zur stärkeren Einbindung von Rat und Verwaltung. Auch sie vertrete die Auffassung, dass zwar eine gewisse Unterstützung durch Expert*innen sowie die Verwaltung gewährleistet werden müsse, die Politik und Verwaltung sich aber ansonsten zunehmend distanzieren müsse, da dies ein Rat der Bürger*innen sei.

Oberbürgermeisterin Keupen möchte abschließend Stellung nehmen zu dem Vorschlag, dass der Verwaltungsvorstand zukünftig Themenvorschläge in den Bürger*innenrat mit einbringt. Wie bereits in vielen vorangegangenen Wortbeiträgen deutlich gemacht worden sei, liege das hauptsächliche Ziel darin, dass die Empfehlungen des Bürger*innenrates auch nachhaltig und wirksam entwickelt und umgesetzt werden. Zur Erreichung dieses Zieles sei die Fragestellung von großer Relevanz und aus diesem Grunde wolle man mit den Fragestellungen aus der Verwaltung Themen beispielhaft formulieren. Die Entscheidung hierüber liege letztendlich beim Begleitgremium und somit vollständig bei den Bürgerinnen und Bürgern. Der Bürger*innenrat unterliege einer stetigen Weiterentwicklung und Optimierung und sie möchte dafür werben, diesen Verbesserungsvorschlägen zu folgen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, den ständigen Aachener Bürger*innenrat auf Basis der Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation mit den dargestellten Optimierungsvorschlägen fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich, 2 Gegenstimmen

Zu 7 Haus der Neugier
geändert beschlossen
Dez. I/0033/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen berichtet, dass den heute vorliegenden Beschlussvorschlägen zum Haus der Neu-

gier im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Sitzung viele vorbereitende Arbeiten vorangegangen seien und sie sich freue, dass nun der Erwerb des ehemaligen Kaufhauses Horten als die wirtschaftlichste und sinnvollste Variante zur Abstimmung gebracht werden könne. Mit dem Erwerb der Gesellschaft werde eine zügige Realisierung des Projektes möglich und man sehe der Einreichung des Bauantrages mit Freude entgegen. Bevor sie um Wortbeiträge bitte, möchte sie auf den geänderten Beschlussvorschlag der Fraktionen hinweisen, der als Tischvorlage ausliegt und als Grundlage für die weitere Beratung diene.

Ratsherr Schaadt (GRÜNE) erinnert sich zurück an einen Zeitungsartikel aus Dezember 2024 mit der Überschrift „Im Haus der Neugier fehlt es an Begeisterung“. Dies habe er zu diesem Zeitpunkt gut nachvollziehen können aufgrund der juristisch und technisch sehr komplexen Prozesse, die heute einen guten Abschluss finden. Er dankt allen Beteiligten der Verwaltung, die dies ermöglicht haben. Ebenso bedankt er sich bei allen demokratischen Fraktionen im Rat, die gemeinsam die Idee unterstützt und an deren Entwicklung gearbeitet haben. Vergangene große Stadtentwicklungsprojekte wie beispielsweise der neue Stadtraum am Büchel haben gezeigt, dass die gemeinsame Arbeit aller Fraktionen zum Erfolg führe. Mit dem heutigen Beschluss werde ein starkes Signal an alle Bürgerinnen und Bürger in Aachen gesetzt, dass der Stadtrat das neue Haus der Neugier einhellig befürworte. Man sei sich einig darüber, wie wichtig das Haus der Neugier für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger sei. Denn die Innenstadt sei im Wandel, das Einkaufsverhalten der Menschen habe sich verändert, der Einzelhandel verliere an Bedeutung. Aus diesem Grunde brauche man Erlebnisorte in der Innenstadt, die die Menschen wieder anziehen, sogenannte dritte Orte. Das Haus der Neugier werde viel mehr sein als ein Zusammenschluss von VHS und Bibliothek, nämlich ein Haus der Neugier für Demokratie und Vielfalt, im Zusammenhang mit der Niedrigschwelligkeit. Das Haus der Neugier sei ein Ort der Inklusion. Mit dem heutigen Beschluss sende der Rat auch das Signal, dass er gegen den Leerstand in der Innenstadt ankämpfe und den Mut habe, größere finanzielle Mittel aufzubringen, um durch das Projekt ein ganzes Quartier zu beleben. Das Haus der Neugier sei aber auch ein Leuchtturm der urbanen Transformation. Durch das Projekt erhalte man das Gebäude und transformiere es in eine neue Funktion. Für die Umwelt entstehe somit keine erneute CO2-Belastung durch Abriss oder Neubau. Allerdings müsse man sich bis zur Fertigstellung noch gedulden, denn nun beginnen die umfangreichen Arbeiten für das größte Projekt, welches die Stadt Aachen jemals umgesetzt habe. Hierbei müsse man mit Bedacht vorgehen, denn viele Baumaßnahmen scheitern daran, dass die Visionen nicht mit den Kosten vereinbar seien. Beim Haus der Neugier habe man das ehemalige Haus Horten zusammen mit einer Planung, einem Bauantrag und einer Kostenberechnung zum Kauf angeboten bekommen und dieses Angebot nehme man gerne an. Der Verkäufer habe weiterhin den Nachweis erbracht, dass das Haus der Neugier auch in das Haus passe und technisch funktioniere. Im Rahmen dieses Prozesses konnten die Belange der VHS und der Bibliothek überprüft und eingearbeitet werden, wobei noch Flächen zur weiteren Verwendung verbleiben. Auf Grundlage dieser Pläne werde nun in einem ersten Schritt geplant, bis hin zu einem geänderten Bauantrag, der voraussichtlich noch in diesem Jahr eingereicht werden könne. Das Haus der Neugier habe somit das Stadium der Vision schon lange verlassen. Man habe bereits sehr konkrete Pläne und eine Kostenberechnung, die auf Grundlage dieser Pläne und der aktuellen Baupreise angefertigt worden sei. In der Kalkulation seien auch bereits Zuschläge für eine zu erwartende Baupreissteigerung sowie für die üblichen Projektrisiken enthalten. Die Mittel für den Erwerb der Immobilie seien im aktuellen Haushaltsentwurf abgebildet und teilweise auch die laufenden Kosten für den Ausbau und Unterhalt. Anschließend verweist er auf den vorliegenden Beschlussvorschlag der Fraktionen, mit dem unter anderem die Verwaltung beauftragt werde, Fördermittel für dieses Projekt in Anspruch zu nehmen. Im Zusammenhang mit der in der Vorlage angesprochenen Konsolidierung im Aufwandsbereich verweist er auf das Investitionscontrolling und den Grün-Roten Ratsantrag zur Haushaltkonsolidierung vom 08.07.2024. Durch den neuen Beschlussvorschlag werde die Verwaltung zusätzlich damit beauftragt, ein engmaschiges Controlling zu installieren. Abschließend teilt er seine Freude darüber, dass heute im öffentlichen Teil der Ratssitzung der nächste Schritt in diesem großartigen Projekt bestritten werde. Schon bald werden die weiteren Planungen in den zuständigen Ausschüssen und im Hauptausschuss beginnen und man werde dabei oft die Gelegenheit haben, die spannende Entwicklung in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Die GRÜNE-Fraktion werde dem geänderten Beschlussvorschlag selbstverständlich gerne zustimmen.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) bringt ihre Begeisterung für das Projekt zum Ausdruck, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die CDU-Fraktion bereits in der letzten Wahlperiode die Einrichtung eines „Haus des Wissens“ zum Vorschlag gebracht habe. Sie lobt das bereits sehr ausgereifte Konzept und betont, dass mit dem Haus der Neugier nicht nur ein Ort der Begegnung, sondern auch etwas völlig Neues entwickelt werde. Im Namen der CDU-Fraktion bedankt sie sich bei der Kanzlei Heuking für die Unterstützung und die Schaffung einer guten Entscheidungsgrundlage. Denn es sei nicht alltäglich, dass der Rat die Zustimmung zum Kauf einer Gesellschaft erteile.

Weiterhin dankt sie der Verwaltung für die sehr gute Beratung in diesem großen Projekt. Sie freue sich über den heutigen, gemeinsamen Beschluss, mit dem der Rat auch einen gewissen Mut beweise. Allerdings möchte sie auch davor warnen, mit Übermut in das Projekt zu starten und betont, dass dieses nicht überfrachtet werden dürfe. Auch sei aus Sicht der CDU-Fraktion ein engmaschiges Controlling erforderlich. Dies sei auch im neuen Beschlussvorschlag abgebildet, dem die CDU-Fraktion gerne zustimmen werde.

Ratsherr Helg (FDP) erinnert sich zurück an die ersten Beratungen zum Haus der Neugier zu Beginn der Wahlperiode und der ersten Machbarkeitsstudie. Vier verschiedene Varianten seien geprüft worden bis man den heutigen Beschluss zum ehemaligen Haus Horten, im Herzen der Innenstadt, erreicht habe. Das anstehende Projekt sei eines der größten Investitionsprojekte, die es in Aachen jemals gegeben habe. Umso mehr freue er sich, dass die demokratischen Fraktionen im Rat hierzu heute einen gemeinsamen Beschluss fassen. Auch aus seiner Sicht sei es wichtig, dass ein entsprechendes Controlling eingeführt werde, dass eine regelmäßige Berichterstattung im Hauptausschuss erfolge und dass das Projekt nicht mit ständig wachsenden Zusatzwünschen überfrachtet werde. Auch die Akquise von Fördermitteln möchte er nicht unerwähnt lassen. Er sei optimistisch, dass es gelingen werde, noch in diesem Jahr den entsprechenden Bauantrag stellen zu können. Abschließend bedankt er sich bei allen, die an dem Projekt mitgearbeitet haben.

Ratsherr Servos (SPD) bedankt sich bei allen, die bislang an diesem Projekt mitgewirkt haben und möchte im Folgenden einen historischen Blick auf das Thema lenken. Aufgrund der vielen Geschäftsschließungen sei in der letzten Wahlperiode die Frage aufgekommen, welche Rolle und Funktion die Aachener Innenstadt in der Zukunft einnehme. Seitens der Fraktionen seien hierzu verschiedene Anträge eingereicht worden. Diese seien jedoch alle nicht mit einem Gesamtkonzept versehen gewesen, sondern haben lediglich Teilaspekte berücksichtigt. Der Rat habe sodann den Abriss des Parkhauses am Büchel und somit einen ersten Schritt zur Veränderung der Mobilität in der Innenstadt beschlossen. Gemeinsam haben die Fraktionen an einer Weiterentwicklung des Quartiers gearbeitet. Auch ein Antrag zur Umgestaltung des Theaterplatzes sei damals eingereicht worden. Dies mache deutlich, dass aus vielen verschiedenen Ideen bereits große sichtbare Veränderungen in der Innenstadt entstanden seien. Zur Frage der Unterbringung von VHS und Bibliothek habe es verschiedene Ideen gegeben. Im Dezember 2023 habe der Rat beschlossen, das Quartier der östlichen Innenstadt in den Fokus zu nehmen. Verschiedene Sofortmaßnahmen wie beispielsweise das „Fokusjahr Adalbertstraße“ oder das Programm „Innenstadtmorgen“ seien daraufhin umgesetzt worden. Auch eine Sanierungssatzung sei auf den Weg gebracht worden. Erste positive Veränderungen in der unteren Adalbertstraße seien bereits ersichtlich. Nun müsse aller politischer Einfluss dazu genutzt werden, eine Entwicklung im Quartier Bushof und im Gebäude des ehemaligen Kaufhauses Horten herbeizuführen. Die SPD-Fraktion lege hierbei einen besonderen Wert darauf, dass diese beiden Projekte eng miteinander in Verbindung stehen. Denn ohne das eine Projekt könne man das andere nicht entwickeln, da die Projekt in einer gewissen Abhängigkeit zueinander stehen. Zum Haus der Neugier führt er weiterhin aus, dass dieses nicht nur einen Zusammenschluss von VHS und Bibliothek darstelle, sondern dass die Konzeption so attraktiv werden soll, dass sie neue Besucher*innen in die Innenstadt zieht und das Quartier attraktiv halte. Dem Gesamtkonzept, durch welches die Innenstadt nun flächendeckend und nachhaltig mit verschiedenen Einzelmaßnahmen bearbeitet werde, fehle nun noch der wichtige Baustein der Finanzierung. Hierzu habe die Koalition bereits vor der Sommerpause einen Ratsantrag zur Finanzierung und zur Sicherung der langfristigen Finanzierbarkeit dieses Projektes durch den Aachener Haushalt eingebracht. Hier werde unter anderem auch eine Frage der Investitionsplanung vorgesehen. Ein weiterer wichtiger Schritt, der in dem vorliegenden, geänderten Beschlussvorschlag enthalten sei, sei ein enges Controlling des Vorhabens im Hauptausschuss. Im Weiteren müsse man nun mit Augenmaß in die weitere Projektplanung einsteigen und er freue sich, dass die Fraktionen gemeinsam mit dem heutigen Beschluss einen weiteren großen Schritt zur Innenstadtentwicklung bestreiten.

Ratsherr Beus (Die Linke) teilt mit, dass auch die Fraktion Die Linke sich über die Entwicklung des Projektes freue. Das Haus der Neugier könne aus ihrer Sicht ein wichtiger Beitrag zur Revitalisierung der Aachener Innenstadt darstellen und man hoffe, dass hier ein dritter Ort, ein neuer Willkommensort für Menschen entstehe. Der vorgeschlagenen Nutzung von Flächen durch Dritte stehe man erst einmal zurückhaltend gegenüber. Des Weiteren hoffe man, dass die bauliche Entwicklung dieses Gebäudes in seiner Qualität anderen Gebäuden nicht nachstehen werde. Durch seine Vorredner sei mehrfach erwähnt worden, dass das Projekt nicht überfrachtet werden dürfe. Aus seiner Sicht soll das Haus der Neugier ein lebendiger Ort sein und man dürfe sich nicht von vornherein in seiner Fantasie einschränken lassen. Denn durch die begrenzten finanziellen Mittel geschehe dies zu einem späteren Zeitpunkt automatisch. Die Fraktion Die Linke betrachte die Einrichtung eines Begleitgremiums als sinnvollen Schritt. Abschließend möchte er den Betrieb des Gebäudes ansprechen. Man solle anstreben, dass das

Haus der Neugier mit nur sehr geringen Schließzeiten betrieben werde und dies sei mit einem erheblichen Mittelaufwand verbunden.

Ratsherr Allemand (DIE Zukunft) schließt sich den durchweg positiven Wortbeiträgen seiner Vorredner an. Auch die Fraktion DIE Zukunft unterstütze das Projekt, begrüße den geänderten Beschlussvorschlag und insbesondere den damit verbundenen Schulterschluss aller sechs Fraktionen. Im Hinblick auf die anstehende Kommunalwahl äußert er die Bitte, dass dieser Zusammenschluss der Fraktionen auch während des Wahlkampfes stark resilient und nachhaltig bleibe.

Ratsherr Baal (CDU) bestätigt, dass große Projekte nicht nur von der Mehrheit, sondern auch von einem Teil der Opposition getragen werden müssen, um erfolgreich zu werden. Wie Ratsherr Servos bereits ausgeführt habe, habe man auch vor einer Kommunalwahl die Verantwortung für das Projekt Büchel übernommen und zwischenzeitlich sei der Abriss des Parkhauses erfolgt und das Projekt könne im Laufe der nächsten Ratsperiode abgeschlossen werden. Städtebaulich sei es interessant, dass direkt daneben nun das Haus der Neugier entstehe. Mit dem heutigen Beschuss, der auf einem Antrag der 6 Fraktionen im Rat beruhe, und dem voraussichtlich geschlossenen Votum spreche der Rat seinen Dank an alle Beteiligten für die gute Vorarbeit aus. Sein Dank gelte auch denjenigen, die während des Prozesses einen anderen Standort favorisiert und sich letztendlich vom Haus Horten als Standort haben überzeugen lassen. Nicht unerwähnt lassen möchte er, dass die FDP-Fraktion als einzige Fraktion schon zu Beginn diesen Standort befürwortet habe. Die Zweifel von Ratsherrn Allemand könne er verstehen, aber er sei davon überzeugt, dass das Projekt auch über den Wahlkampf hinaus gemeinsam durch die Fraktionen weiterverfolgt werde. Man werde weiterhin Fragen stellen und Anpassungen vornehmen, aber im Kern sei es wichtig, dass aus den zwei Institutionen VHS und Bibliothek ein neues Konzept entwickelt werde. Weiterhin bezieht er sich auf die Aussage von Ratsherrn Servos, dass der Bushof und das Haus der Neugier stets in einer Abhängigkeit zueinander betrachtet werden müssen. Er führt aus, dass man sich den Projekten nacheinander widmen werde und die Ausgestaltung des zweiten Projektes hierbei noch nicht abzusehen sei. Auch möchte er die Euphorie ein wenig relativieren, denn mit dem heutigen Beschluss sei man noch nicht bauantragsreif. Er sei jedoch optimistisch, dass noch in diesem Jahr der Bauantrag gestellt werden könne, aber das Projekt werde trotzdem Zeit in Anspruch nehmen. Abschließend bezieht er sich auf das geplante Controlling und betont, dass ein Controlling ein Projekt nicht teurer oder preiswerter mache, sondern lediglich dazu beitrage, die Entwicklung früher zu kennen. Er hoffe, dass die vorliegenden Planzahlen belastbar seien und im Hinblick auf weitere, umzusetzende Projekte sehe er eine Priorisierung der Maßnahmen als unausweichlich. Die aktuelle Haushaltssituation erfordere eine hohe Disziplin in der weiteren Arbeit und der anstehende Haushaltsbeschluss werde die Bereitschaft hierzu aufzeigen. Die CDU-Fraktion sei hierzu bereit und trage das Projekt gerne mit.

Ratsherr Palm (AfD) teilt mit, dass die AfD-Ratsgruppe dem Leuchtturmprojekt nicht zustimmen könne. Auch wenn die Ratsgruppe die Zusammenlegung der VHS mit der Stadtbücherei befürworte, hätte sie sich einen Neubau auf einer grünen Wiese gewünscht. Das vorliegende Projekt sei aus ihrer Sicht finanziell nicht umsetzbar und werde die Steuerzahler und die nächsten Generationen finanziell belasten. Zumal die Höhe der Kosten derzeit noch nicht bekannt sei. Er frage sich, wo die verantwortlichen Politiker im Rat die Zuversicht für das Projekt hernehmen. Hinzu komme, dass die Immobilie aus ihrer Sicht vollkommen wertlos sei. Aus Sicht der AfD-Ratsgruppe sei das Projekt unverantwortlich und zum Scheitern verurteilt.

Ratsherr Helg (FDP) bezieht sich auf den Wortbeitrag von Ratsherrn Palm. Er sei der Meinung, dass man ohne Optimismus keine Großprojekte umsetzen könne. Weiterhin möchte er eine redaktionelle Änderung des Beschlusstextes anregen, denn hier müsse neben der VHS auch die Stadtbibliothek eine Erwähnung finden, beispielsweise im ersten Satz des Textes.

Ratsherr Pilgram (GRÜNE) berichtet, dass er die Erfahrung gemacht habe, dass Demokratie besonders dann zu einem guten Ergebnis führe, wenn unterschiedliche Richtungen zusammenarbeiten. Andere Strömungen, die nicht demokratisch seien, verursachen hingegen eine Polemik, Fake News und Unwahrheiten. Ratsherr Palm habe in seiner Wortmeldung den Begriff „Leuchtturmprojekt“ verwendet. Man könne das Projekt jedoch auch als Umwandlung einer Problemimmobilie im Herzen der Stadt Aachen beschreiben. Wie auch in vielen anderen Städten haben solche Immobilien negative Auswirkungen auf die Umgebung. Diese Problematik müsse man ernst nehmen und eine Lösung hierfür finden, zum Beispiel durch einen Abriss des Gebäudes oder durch eine Umnutzung für kommerzielle oder für öffentliche Zwecke. Wie Studien belegen, sei eine Nutzung als Wohnraum bei solchen Immobilien nur selten möglich. Das vorliegende Projekt erachte er als eine absolut sinnvolle Investiti-

on, denn zum einen werde hierdurch ein Mangel behoben, der auch mit Kosten verbunden sei und weiterhin werde ein Mehrwert geschaffen. Denn das Haus der Neugier biete die dringend benötigten Räumlichkeiten für die VHS und die Bibliothek, der Bushof stehe zukünftig für Wohnzwecke zur Verfügung und das ehemalige Gebäude der Bibliothek könne anderweitig vermarktet werden. Sowohl ökonomisch als auch entwicklungspolitisch werde somit die richtige Entscheidung getroffen und man übernehme durch den Beschluss die Verantwortung für die Stadt und gegenüber zukünftigen Generationen.

Ratsherr Mohr (AfD) betont, dass auch die AfD-Ratsgruppe eine Weiterentwicklung der Innenstadt sowie sinnvolle Investitionen in der Stadt befürworte. Die Stadt Aachen könne jedoch nicht alle leerstehenden Immobilien in der Innenstadt kaufen um diese weiterzuentwickeln. Zu der Immobilie des Haus Horten führt er aus, dass ein Investor über mehrere Jahre hinweg dieses Projekt nicht wirtschaftlich entwickeln konnte und die Stadt Aachen in einer Zeit, in der der Gewerbeimmobilienmarkt am Boden liege, dieses Objekt nun zu viel zu hohen Konditionen kaufe. Im Folgenden kritisiert er, dass wesentliche Sachverhalte und Gefahren, die mit diesem Projekt einhergehen, nicht in öffentlicher Sitzung debattiert werden können, sondern ausschließlich nichtöffentlich. Die Ratsgruppe sehe sich gegenüber den Bürgern verpflichtet, dieses riskante Projekt nicht zu unterstützen. Stattdessen gebe es bessere Alternativen wie zum Beispiel ein „Bau auf der grünen Wiese“ oder andere Projektierungen.

Ratsherr Servos (SPD) weist darauf hin, dass bislang kein alternativer Vorschlag für die städtebauliche Weiterentwicklung der Immobilie sowie die Unterbringung von VHS und Bibliothek durch die Ratsherren der AfD-Fraktion unterbreitet worden sei.

Ratsherr Mohr (AfD) widerspricht Ratsherrn Servos und führt aus, dass die AfD-Fraktion im Rahmen der Vorlaufgespräche immer wieder darauf hingewiesen habe, dass man die anderen Projektmöglichkeiten, wie zum Beispiel Planungen „auf der grünen Wiese“ und Entwicklung Bushof-Areal viel länger hätte offenhalten müssen. Die Stadt Aachen habe sich zu früh auf dieses eine Projekt festgelegt und deswegen Verhandlungsmöglichkeiten mit dem Investor verbaut, die nun zum Nachteil werden. Der Neubau auf der grünen Wiese wäre insgesamt risikoärmer und günstiger gewesen.

Ratsherr Baal (CDU) weist darauf hin, dass die Variante eines Neubaus auf der grünen Wiese nur eine technisch kalkulatorische Variante gewesen sei, da faktisch kein solches Grundstück zur Verfügung stehe. Weiterhin haben Vergleiche aufgezeigt, dass diese theoretische Variante eines Neubaus aufgrund einer erheblich längeren Realisierungszeit mit höheren Risiken verbunden sei. Aus diesem Grunde habe man sich zwischen den 3 Standorten Bushof, Areal Bushof und Haus Horten entscheiden müssen.

Ratsfrau Moselage (FDP) bekräftigt die Aussage von Ratsherrn Baal hinsichtlich der Variante eines Neubaus. Die Risikoabwägung und eine entsprechende Beurteilung sei auch in den Unterlagen zu finden. Sie habe den Eindruck, dass die beiden Vertreter der AfD-Ratsgruppe allen Entscheidungen, die die Volkshochschule betreffen, kritisch gegenüberstehen.

Ratsherr Mohr (AfD) betont, dass die AfD-Ratsgruppe immer wieder darauf hingewiesen habe, dass man ein Grundstück in Aachen für einen Neubau suchen müsse. Als später die Eingrenzung auf die drei verschiedenen Standorte erfolgt sei, habe die Ratsgruppe geäußert, dass die Entwicklung des Bushof Areals für die Wahrnehmung innerhalb der Stadt Priorität habe und man sich nicht frühzeitig auf eine Entscheidung festlegen solle, damit die eigene Verhandlungsposition nicht geschwächt werde. Des Weiteren bezieht er sich auf den Wortbeitrag von Ratsfrau Moselage zur Haltung gegenüber der Volkshochschule und führt aus, dass die VHS aus Sicht der AfD-Ratsgruppe eine wichtige Einrichtung sei, zum Beispiel im Bereich der Erwachsenenbildung. Allerdings möchte man nicht, dass diese in ihrem Angebot in Konkurrenz tritt mit beispielsweise Tanzschulen oder Vereinen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeisterin Keupen die Debatte. Sie möchte den Hinweis von Ratsherrn Helg aufnehmen, dass eine Nennung der Stadtbibliothek im ersten Satz der Präambel des Beschlusstextes erfolgt. Da hiergegen keine Einwände bestehen, lässt sie sodann über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Das Haus der Neugier ist nicht nur das bislang größte städtische Investitionsprojekt, sondern auch essenziell für

den Weiterbetrieb der Aachener VHS sowie die künftige Entwicklung der Stadtbibliothek.
Eine erfolgreiche und zügige Umsetzung bedarf einer engen Begleitung mit besonderem Fokus auf finanzielle Disziplin und inhaltliche Zielgenauigkeit – sowohl bezogen auf städtebauliche Wünsche als auch auf zusätzliche Nutzungen und Konzepterweiterungen. Daher ist es erforderlich, einen klaren Rahmen zu setzen und so – auf allen Seiten – die Ausweitung von Wünschen zu beschränken.
Dementsprechend fasst der Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Aachen begrüßt den Fortschritt beim Projekt „Haus der Neugier“ und nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, das Projekt „Haus der Neugier“ weiterzuverfolgen.
3. Der Rat der Stadt Aachen weist dem Hauptausschuss die Zuständigkeit für alle Entscheidungen im Zusammenhang mit diesem Projekt, einschließlich der Gesellschaft, zu, sofern sich keine ausschließliche Zuständigkeit des Rates aufgrund von Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW ergeben. Die Zuständigkeit anderer betroffener Ausschüsse wird auf Empfehlungen an den Hauptausschuss reduziert. Dies betrifft auch die Betriebsausschüsse insofern dies im Einklang mit den Regelungen der Gemeindeordnung NRW und der Eigenbetriebsverordnung NRW möglich ist.
4. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die inhaltlichen Ausgestaltungen auf Basis der bisher vorgestellten Konzeption zu konkretisieren. Dabei sind Einsparmöglichkeiten immer in voller Höhe auszunutzen. Veränderungen bei Flächenzuweisungen bedürfen der Zustimmung des Hauptausschusses.
5. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, nach Kräften Fördermöglichkeiten für das Gesamtprojekt, Teilprojekte und einzelne Arbeitsschritte in Anspruch zu nehmen. Hierbei ist insbesondere die Gesamtwirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Verzögerungen in der Zeitplanung sind zu vermeiden.
6. Der Hauptausschuss ist in jeder Sitzung zu den Projektfortschritten im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu informieren. Um sicherzustellen, dass die Kostenentwicklung im geplanten Rahmen bleibt, soll gemeinsam mit der Projektsteuerung ein engmaschiges Controlling im Hauptausschuss etabliert werden.
7. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, das seit langer Zeit geforderte Investitionscontrolling, das auch Bestandteil des Ratsantrags der Mehrheit zur Haushaltskonsolidierung vom 08.07.2024 ist, zeitnah in die zuständigen Gremien zur Beratung und Umsetzung zu bringen.
8. Eine dauerhafte oder zeitweise Nutzung oder Zurverfügungstellung von Flächen ohne Ausgleich der Kosten bedarf der expliziten Zustimmung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich, 2 Gegenstimmen

Zu 8 Baustopp Uniklinikum Aachen und Auswirkungen auf die Stadt Aachen
hier: Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen von GRÜNE und SPD vom 18.12.2024
geändert beschlossen
Dez. I/0035/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen berichtet in Ergänzung zu der Vorlage über die aktuellen Entwicklungen in dieser Angelegenheit. Sie führt aus, dass die Stadt Aachen im Rahmen des Monitorings der Gesundheitsversorgung stets im engen Austausch mit den Krankenhäusern stehe, auch wenn dies nicht zu den originären Aufgaben der Stadt gehöre. Nach einem Gespräch mit dem Uniklinikum Aachen im September 2024 habe im Oktober ein Austausch der Dezernent*innen mit Vertretern des Ministeriums stattgefunden. Mit Schreiben vom 28.10.2024 habe sie daraufhin in einem persönlichen Schreiben an den Ministerpräsidenten auf die Dringlichkeit eines Neubaus des Zentral-OP hingewiesen. Im November des vergangenen Jahres habe die Stadt Aachen alle Beteiligten des UKA, der RWTH sowie der StädteRegion Aachen zu einem gemeinsamen Termin ins Rathaus eingeladen um das gemeinsame Vorgehen abzustimmen. Zum Jahresende habe Herr Liminski, Leiter der Staatskanzlei Düsseldorf schriftlich zugesichert, dass sich die langfristige Versorgung der Menschen im Raum Aachen mit exzellenter Gesundheitsversorgung im Zentrum der Überlegung der Landesregierung befinde und entsprechend weitere Informationen durch die Fachabteilungen erfolgen werden. Am 15. Januar diesen Jahres habe erneut ein Gespräch mit UKA, RWTH und StädteRegion stattgefunden. Der Staatskanzlei sei eindringlich signalisiert worden, dass alle Beteiligten die Umsetzung des Zentral-OP in der vorliegenden Planung befürworten, woraufhin die Landesregierung einen Gesprächstermin bis Ende Januar in Aussicht gestellt habe. Ein Gesprächsangebot sei

allerdings nicht eingegangen, stattdessen habe sie am gestrigen Tage ein Schreiben von Ministerin Brandes erhalten. Hierin bestätige die Ministerin, dass die im UKA seit 40 Jahren betriebenen Operationssäle nicht mehr den aktuellen Anforderungen entsprechen und informiert, dass man aus verschiedenen Gründen mit dem Uniklinikum übereingekommen sei, die zehnjährigen Planungen über Bord zu werfen und in kurzer Zeit einen Neubau in modularer Bauweise zu schaffen. Mit dem Schreiben werde die Stadt Aachen gebeten, das Projekt zu unterstützen und das entsprechende Baurecht für diesen Neubau zu schaffen. Nach dieser Zusammenfassung der jüngsten Entwicklungen bittet Oberbürgermeisterin Keupen die Ratsmitglieder zu einem fachinhaltlichen Austausch sowie einer politischen Bewertung der Vorkommnisse.

Ratsherr Servos (SPD) dankt Oberbürgermeisterin Keupen sowie der Verwaltung für die Vorbereitung sowie den Überblick über den aktuellen Sachstand. Im Folgenden teilt er seinen Ärger über die Entwicklung und den Umgang mit der Gesundheitsversorgung der Menschen in Aachen und der Region mit. Einerseits werde dem Uniklinikum eine zentrale Rolle in der Entwicklung der Krankenhauslandschaft zugeschrieben und gleichzeitig werde ein Invest von über 90 Mio. Euro, das bereits in Planungen, Bau und vorbereitende Maßnahmen geflossen sei, fallen gelassen. Er könne dieses Vorgehen nicht verstehen. Das Uniklinikum werde in seiner zukünftigen Entwicklung massiv gebremst, wenn nicht sogar beschädigt. Zum einen werden die Interessen der Arbeitnehmer*innen des UKA, für die der Neubau ein wichtiger Schritt im Arbeitsalltag bedeute, nicht berücksichtigt. Zum anderen schädige die Entwicklung die Stadt Aachen als Wissenschaftsstandort. Denn auch wenn die OP-Räume nicht direkt mit der Forschung sowie der wissenschaftlichen Ausbildung verbunden seien, beziehe sich die Aussage auf den Standort Aachen. Weiterhin könne man neue, innovative Operationsverfahren nicht so umsetzen, wie dies in modernen Operationsräumen möglich sei. Die Planungsverwaltung der Stadt Aachen müsse nun dafür Sorge tragen, dass sie neben den Verfahren für Campus West, Sportpark Soers, u.a. das Planungsrecht für den Neubau schaffe, damit dieser zügig fertig gestellt werden könne. Er teilt mit, dass die Fraktionen einen geänderten Beschlussvorschlag entworfen und als Tischvorlage eingebracht haben, der unter anderem die Bitte an die Verwaltung enthalte, eine/n Vertreter*in des zuständigen Ministeriums zu einem Gespräch einzuladen um Klarheit über das weitere Vorgehen zu erlangen. Abschließend appelliert er an den Rat, sich dafür einzusetzen, dass die bereits investierten Ressourcen gerettet und der Standort und die Gesundheitsversorgung in den Mittelpunkt gerückt werden.

Oberbürgermeisterin Keupen dankt für die Wortmeldung und ergänzt, dass am kommenden Montag die Bürgermeister*innenkonferenz der StädteRegion tage und sie das Thema gemeinsam mit Städteregionsrat Dr. Grüttemeier dort einbringen werde, da das UKA als Maximalversorger für die gesamte Region eine relevante Bedeutung habe.

Ratsherr Baal (CDU) berichtet über die Entwicklungen des Projektes im Planungsausschuss, die ungefähr im Jahre 2016 mit der ersten Vorstellung der Maßnahme und dem damaligen Ziel der Inbetriebnahme im Jahr 2020 begonnen haben. Er bedauert den nun ausgesprochenen Baustopp, in erster Linie auch gegenüber den Mitarbeiter*innen der Verwaltung, denen es gelungen sei, diesen sehr anspruchsvollen Bebauungsplan zu erarbeiten. Denn bei Durchsicht des der Vorlage beigefügten Rechtsplans könne man feststellen, dass die Grundfläche des geplanten Zentral-OP erheblich größer sei als die jetzige Grundfläche des Klinikums, ebenso das Bauvolumen. Aus politischer Sicht sei von größtem Interesse, dass durch das Klinikum eine höchst kompetente Medizin in allen Bereichen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, sowie der gesamten Städteregion und Euregio zur Verfügung stehe. Die Kompetenz und Qualität des Klinikums spiegel sich nicht nur in der medizinischen, fachlichen und technischen Umsetzung wider, sondern auch in der Forschungsentwicklung. Er könne verstehen, dass ein Projekt mit einem Volumen in Höhe von 500 Mio. Euro insbesondere bei einer angespannten Haushaltssituation hinterfragt werde. Die CDU-Fraktion dränge allerdings darauf, dass man schnell Klarheit über die weiteren Planungen erlange und unterstütze aus diesem Grunde auch den geänderten Beschlussvorschlag. Erst wenn man wisse, wie die weitere Konzeptionierung aussehe, könne man beurteilen, ob hierdurch ein Nachteil oder Schaden für die Region entstehe. Bei vorliegender Planung werde der Planungsausschuss die Erstellung eines neuen Bebauungsplanes begleiten. Hierfür müsse der fertig gestellte Bebauungsplan für die unterirdischen Operationsräume aufgehoben und ein neues Verfahren begonnen werden. Zeitlich sei es realistisch, dass dies die gesamte nächste Ratsperiode in Anspruch nehmen könne.

Ratsherr Allemand (DIE Zukunft) begrüßt den vorliegenden Beschlussentwurf aller Fraktionen, denn der Baustopp bedeute ein verheerendes Signal sowohl für die Bevölkerung als auch insbesondere für die Beschäftigten des Klinikums. Durch diese Entwicklung sei aus einer Standortsicherheit eine Standortfrage entstanden. Das

Klinikum werde als Spitzenversorger für die Medizin, die Forschung, die Lehre, die Pflege und die Anwendungen benötigt. Anders als Ratsherr Baal vertrete er die Auffassung, dass kein Baurecht für ein neues Konzept geschaffen werden müsse, sondern man diese neue Planung mit dem Baurecht und dem Planungsrecht verhindern müsse. Aus eigener Erfahrung könne er einschätzen, dass durch den Baustopp in Verbindung mit einer Neuplanung mit Modulbauten kein Geld eingespart werden könne. Er hoffe, dass durch die heutige Beschlussfassung des Stadtrates eine Meinungsänderung der Landesregierung bewirkt werden könne.

Bürgermeister Plum (SPD) bezieht sich auf die Zeitperspektive, die sich aus einem etwaigen neuen Bauungsplan ergeben würde. Er berichtet, dass er im Rahmen einer Ratsanfrage die durchschnittliche Zeit von Bebauungsplänen in Aachen angefragt habe und die Verwaltung diese mit 5 Jahren ansetze. Die Einschätzung von Ratsherrn Baal sei aus diesem Grunde realistisch. Im Hinblick auf die bestmögliche medizinische Versorgung der Bürger werde die Stadt Aachen selbstverständlich das Baurecht für eine neue Planung schaffen. Allerdings könne die Stadt, der die Planungshoheit obliege, nicht alle wirtschaftlichen Vorgaben hinnehmen, denn es bestünden auch noch weitere Verpflichtungen, die zu Verzögerungen des Bauvorhabens führen könnten. Weiterhin möchte er Bezug nehmen auf zwei weitere Bauvorhaben des UKA und des Landes. In der nächsten Sitzung des Planungsausschusses werden zwei Bebauungspläne zum Neubau der Psychiatrie sowie dem Neubau von wichtigen Räumlichkeiten für Büros, Labor, etc. in der Kullenhofstraße beraten. Er appelliert an alle Ausschussmitglieder, dass das gegebene Versprechen für diese Bebauungspläne eingehalten werde und die Planungshoheit nicht ausgenutzt werde, um gegenüber dem Land ein Zeichen setzen zu wollen. Weiterhin erläutert er, dass diese Bebauungspläne eine längere Zeit in Anspruch genommen haben, da hierbei die Denkmalschutzbelange auf Wunsch der Landesregierung berücksichtigt worden seien. Er könne nicht verstehen, dass diese Denkmalschutzbehörde nun ihre Vorgaben für den Bau der Zentral-OP wieder aufhebe. Er möchte an die Landesregierung appellieren, dass diese die zugesagten finanziellen Mittel für die beiden Baumaßnahmen zur Verfügung stelle.

Ratsherr Beus (Die Linke) betont ebenfalls seine Betroffenheit über den Baustopp, der auch viele weitere Beteiligte der Verwaltung, des UKA, der Politik und anderer Stellen betreffe. Aus der Presse habe er entnommen, dass nun ein Provisorium für rund 40 Jahre geplant werde. Bezüglich der Definition des Provisoriums solle man noch einmal mit dem Land ins Gespräch gehen, denn ein reguläres Wohngebäude sei in der Regel nach 40 Jahren abgeschrieben und habe nur noch den Rohbauwert. Weiterhin sei in diesem Falle auch eine genehmigungsrechtliche Differenzierung erforderlich, denn nach seinem Kenntnisstand könne man ein Provisorium lediglich für einen Zeitraum von 5 Jahren anlegen. Abschließend könne er feststellen, dass das Land als verlässlicher Partner für dieses Großprojekt ausfalle. Wie bereits durch seine Vorredner erwähnt, werden durch die neue Planung weder Zeit noch Finanzen eingespart werden können. Durch den Baustopp sei bereits ein großer Schaden entstanden, unter anderem auch für den Denkmalschutz.

Ratsherr Helg (FDP) teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion über den durch das Land verkündeten Baustopp entsetzt sei. Als Grundlage für die heutige Beratung diene der gemeinsame Tagesordnungsantrag der Fraktionen von GRÜNE und SPD vom 08.12.2024. Im Folgenden zitiert er aus Seite 1 der Vorlage: „Noch im November 2024 hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen die Ausschreibung für die hochbaulichen Vergaben zur Errichtung der neuen Zentralen OP-Abteilung angehalten. Nach Prüfung aller Unterlagen beabsichtigt das Land nun die beantragte Genehmigung für die Haushaltsunterlage Bau – und damit die für das Projekt notwendigen Mittel – zu versagen.“ Der Baustopp sei jedoch dann erst in der vergangenen Woche verfügt worden. Nach den vorangegangenen Wortbeiträgen möchte er an alle Ratsmitglieder dazu appellieren, am heutigen Tage dem vorliegenden Beschlussvorschlag der Fraktionen zu folgen. Durch diesen Beschluss fordere der Rat das Land ausdrücklich dazu auf, den Baustopp für den Zentral-OP des Klinikums Aachen aufzuheben und die bestehenden Planungen fortzusetzen. Neben den benannten Gründen sei auch eine Bitte an die Verwaltung enthalten, einen Vertreter des zuständigen Ministeriums in eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses einzuladen, um die unklare Situation zu beraten. Wenn jedoch der Rat in seiner heutigen Sitzung oder der Planungsausschuss in seiner anstehenden Sitzung bereits über einen neuen Planaufstellungsbeschluss diskutiere, würde dies signalisieren, dass man sich mit dem Baustopp sowie einer alternativen Planung einverstanden erkläre und der heute zu treffende Beschluss werde hinfällig. Die Durchführung einer mehrjährigen Alternativplanung habe negative Auswirkungen für alle Mitarbeiter*innen des UKA sowie alle Patient*innen, die auf eine zuverlässige Operationsversorgung in Aachen angewiesen seien.

Ratsherr Schaadt (GRÜNE) bezieht sich auf den Wortbeitrag von Ratsherrn Helg und erläutert, dass der Pla-

nungsausschuss nicht beabsichtige, kurzfristig einen neuen Aufstellungsbeschluss zu erstellen, sondern dass der Wortbeitrag von Ratsherrn Plum sich auf zwei weitere Bebauungspläne bezogen habe. Im Folgenden dankt er der Verwaltung für die Vorlage, die eine sachliche Zusammenfassung der Fakten enthalte. Er betont, dass das UKA, das Land und die Stadt Aachen über 10 Jahren gemeinsam und vertrauensvoll an den Planungen für das Klinikum gearbeitet haben, und die jetzige Vorgehensweise des Landes einen Vertrauensbruch darstelle. Aus Erfahrung könne er sagen, dass eine Planung in Modulen keine Zeitersparnis einbringen werde, da die Planungsprozesse der OP-Planung, der Logistikplanung u.a. komplett neu angestoßen werden müssen und nicht aus der bestehenden Planung übernommen werden können. Auch er befürworte den vorliegenden Beschlussvorschlag, in dem auch die Aufforderung enthalten sei, dass ein Vertreter des Landes zu einer Sitzung des Hauptausschusses eingeladen werde. Abschließend bittet er die Planungsverwaltung, zu der Angelegenheit und den Auswirkungen einer alternativen Planung auf die Verwaltung Stellung zu nehmen.

Ratsherr Allemand (DIE Zukunft) möchte noch einmal Stellung nehmen zum Stichwort „Baukultur“. Er finde es erstaunlich, dass das Ministerium für die alternative Planung bereits einen „Blankoschein“ hinsichtlich der Denkmalpflege erteilt habe, obwohl hierfür bislang noch keine Skizze vorliege. Der LVR sowie die Bezirksregierung seien in dieser Entscheidung anscheinend übergangen worden. Weiterhin könne die Entscheidung des Landes als Signal gedeutet werden, dass man solche Großbauten mit einem Zyklus von 10 bis 20 Jahren zukünftig nicht mehr umsetzt, sondern stattdessen auf Interimsbauten ausweicht.

Frau Schmitt-Promny (GRÜNE) betont, dass der Rat mit dem vorliegenden Beschluss auf die Aufhebung des Baustopps sowie die Fortsetzung der bestehenden Planung weiterhin bestehen solle, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Umsetzung eines Interimsbaus innerhalb eines Zeitfensters von 4 Jahren als unmöglich erscheine. Weiterhin vermisse sie eine Kostenübersicht, in der sämtliche Kosten für den Interimsbau und die damit zusammenhängende Ausgaben und Folgekosten aufgelistet werden. Sie gehe davon aus, dass diese Alternativplanung für das Land keine Einsparungen bringen werde. Sie hinterfrage auch, welche Vorstellungen das Land vom Klinikum als Maximalversorger für die Region habe, denn die aktuellen Entwicklungen erweisen sich als kontraproduktiv zu der Krankenhausplanung des Bundes. Man dürfe auch den Zusammenhang mit der Forschung nicht außer Acht lassen, denn für viele Mediziner sei insbesondere die Verknüpfung von Medizinentwicklung mit der technologischen Entwicklung ein besonderer Reiz. Wenn die Qualität des Klinikums sich nun verschlechtere, laufe man Gefahr, gute Fachkräfte und Mediziner zu verlieren. Eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen könne auch dazu führen, dass das Modellstudium in Aachen sich nicht halten lasse. Abschließend hebt sie hervor, dass sich die Stadt Aachen in dem Projekt als verlässlicher Partner für das Land erwiesen und alle erforderlichen Aufgaben umgesetzt habe.

Ratsherr Hucke (GRÜNE) führt aus, dass der Baustopp der Zentralen OP-Abteilung auch den bestehenden Masterplan, welcher weit ins Jahr 2040 reiche, gefährde und somit auch die Standortfrage für das UKA gestellt werde. Denn dieser Zentral-OP sei ein wichtiger Bestandteil des Masterplans und bilde unter anderem hochmoderne Robotik im OP-Bereich ab, die in einem Altbau nicht umsetzbar sei. Aber auch das Bestandsgebäude sei von elementarer Bedeutung und müsse durch Sanierungsarbeiten, fortlaufende Investitionen, u.a. durchgehend in Betrieb gehalten werden. Der Verwaltung sei es gemeinsam mit dem UKA in den letzten Jahren gelungen, das Gebäude betriebsbereit zu halten und trotzdem einen Sanierungsplan zu erarbeiten. Ein weiterer Baustein des Masterplans seien die Verfügungsbauten, die im Umfeld entstehen sollen, um eine Sanierung möglich zu machen. Wenn alle diese Planungen nun nicht umgesetzt werden, stelle sich die Frage, ob man die Funktionsfähigkeit des Klinikums auf lange Sicht aufrechterhalten könne und ob die Landesregierung sich der Tragweite ihrer Entscheidung bewusst sei. Denn selbst wenn man einen Interimsbau errichte, der nur Teile der OP-Kapazitäten abbilde, werde man das Klinikum sanieren müssen und hierfür werde man Umsetzungsbauten benötigen. Und nach der Interimslösung werde irgendwann auch ein große OP-Abteilung erforderlich sein. Die Auswirkungen des Bau-Stopps seien somit aus seiner Sicht nicht bedacht worden und man müsse gegenüber der Ministerin sowie der Staatskanzlei diese Zusammenhänge dringend kommunizieren. Da seitens des Landes bislang nur wenige Informationen zu den neuen Planungen übermittelt worden seien, fehle es aktuell an einem entsprechenden Zielbild und einer Perspektive. Abschließend schließt er sich seinen Vorrednern in ihrer Aussage an, dass man sich für die Fortsetzung der bestehenden Planungen mit allen Mitteln und Möglichkeiten einsetzen müsse.

Ratsherr Pilgram (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und betont, dass der Rat und die Verwaltung der Entscheidung des Landes mit allen Möglichkeiten widersprechen müssen. Auch er könne die Agenda des Landes nicht nachvollziehen und er vermisse umfangreiche Informationen über eine alternative Pla-

nung. Ansonsten liege der Verdacht nahe, dass der Standort Aachen für ein Uniklinikum nicht mehr gewünscht sei.

Ratsherr Palm (AfD) kann die ausführliche Diskussion zu dieser Thematik verstehen und teilt mit, dass die AfD-Ratsgruppe den vorliegenden Beschlussvorschlag der Fraktionen als einzige Möglichkeit sehe und aus diesem Grunde gerne zustimmen werde.

Beigeordnete Burgdorff erinnert daran zurück, dass die Stadt Aachen im Jahr 2012 die Bauaufsicht für das Klinikum vom Land übernommen habe. Das UKA habe zur damaligen Zeit kurz vor der Schließung gestanden, eine Bauakte sei nicht vorhanden gewesen. Mit Ruhe und Weitsicht sei es der Bauaufsicht der Stadt Aachen in den vergangenen Jahren gelungen, mit einer systematischen Pflege des Altbaus zu beginnen. Auch eine Bauakte liege nun wieder vor. Der Altbau, bei dem es sich um einen der größten zusammenhängen Klinikbauten Europas handel, erfordere eine dauernde Pflege und stetige Investitionen. Sie vermute, dass diese Pflegemaßnahmen des Klinikums bislang bereits 20 bis 30 Mio. Euro gekostet haben und auch zukünftig Ausgaben in Millionenhöhe mit sich bringen werden. Zum Planungsvorgang führt sie aus, dass relativ früh eine Masterplanung erstellt worden sei. Sie betont, dass alle Beteiligten sich stets darüber bewusst gewesen seien, dass ein unterirdischer Bau mit erhöhten Kosten verbunden sei. Am 7. Juni 2023 habe sie gemeinsam mit der Bauaufsicht des Klinikums Aachen an einem Termin im Ministerium teilgenommen und erfahren, dass eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt werde. Die Ergebnisse dieser Studie seien der Stadt Aachen bis heute allerdings nicht bekannt, was insbesondere nach den geleisteten Vorarbeiten und aufgrund der Tatsache, dass der ZOP zwischenzeitlich baureif sei, eine gewisse Frustration bei den Mitarbeiter*innen hervorbringe. Zum aktuellen Zeitpunkt könne man nur Mutmaßungen darüber anstellen, wie die neuen Planungen aussehen könnten, denn es liege bislang weder eine Skizze noch eine Entwurfsplanung vor. Ihr sei lediglich bekannt, dass das durch das Land beauftragte Büro sich seit Mitte Dezember mit der Entwurfsplanung beschäftige und sie hoffe, diesbezüglich eine alsbaldige Information zu erhalten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Oberbürgermeisterin Keupen sodann über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt appelliert an die Landesregierung, den Baustopp für den Zentral-OP des Klinikums Aachen aufzuheben und die bestehende Planung fortzusetzen. Dabei sind die folgenden Gründe besonders wichtig:

1. Mit dem Bau des unterirdischen Zentral-OP kann die Leistungsfähigkeit des Krankenhauses erhalten und die Maximalversorgung der Region sichergestellt werden.
2. Die Planung wird seit vielen Jahren vorangetrieben. Erhebliche Finanzmittel wurden bereits verbaut, die Baugrube vorbereitet, die Baugenehmigung liegt vor. Die Realisierung des Projekts eröffnet dem UKA eine sehr konkrete, schnell umsetzbare Perspektive, die dazu beiträgt, das Haus zukunftsfähig aufzustellen und die Maximalversorgung der Bevölkerung zu sichern.
3. Der Krankenhausbedarfsplan rechnet fest mit der vollen Leistungsfähigkeit des Uniklinikums. Verzögerungen können von den anderen Häusern in der Region nicht abgebildet werden, ohne dort ebenfalls Erweiterungsbedarf auszulösen.
4. Für die Mitarbeitenden des Klinikums ist es wichtig, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Der Baustopp stößt vielen Menschen, die ihr Berufsleben der Gesundheit von uns allen verschrieben haben, vor den Kopf.
5. Auch für den Wissenschaftsstandort Aachen ist es ein falsches Signal, das Universitätsklinikum mit einem Provisorium auszustatten.

Darüber hinaus bitten wir die Verwaltung, eine*n Vertreter*in des zuständigen Ministeriums in eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses einzuladen, um die unklare Situation zu beraten und die erheblichen Kritikpunkte am ungeeigneten Alternativplan vorzutragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 9 Baumaßnahme im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans und des Rettungsdienstbedarfsplans
Neubau Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr Richterich und Rettungswache Richterich, Roder Weg 7
Entwurf mit Kostenberechnung (Lph 3) sowie erweiterter Planungsbeschluss (Lph 4, 5, 6)
ungeändert beschlossen
FB 37/0064/WP18

Ratsherr Nießen (GRÜNE) dankt der Verwaltung für die Vorlage. Er möchte betonen, dass man bei allen Planungen im Rahmen dieses Neubaus die Belange und Bedürfnisse der Freiwilligen Feuerwehr Richterich mit einbeziehen müsse. Denn das Ehrenamt müsse weiter gestärkt werde. In Gesprächen mit dem Löschzug sei auch deutlich geworden, dass die Trennung vom alten Standort den Betroffenen schwerfalle. Umso wichtiger sei es, dass in dem Neubau auch Möglichkeiten für soziale Zusammentreffen geschaffen werden. Weiterhin bittet er darum, dass noch einmal Gespräche hinsichtlich der Erreichbarkeit dieses neuen Standortes geführt werden, da seitens des Löschzuges hierzu noch Zweifel bestehen.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) begrüßt den Fortschritt dieser Baumaßnahme und hofft auf eine schnelle Umsetzung, denn man müsse die Bedingungen für die (Freiwilligen) Feuerwehren in Aachen weiterhin stetig verbessern.

Ratsherr Baal (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussentwurf zustimmen werde. Man könne feststellen, dass die heutigen Ist-Kosten im Vergleich zu den ursprünglichen Plankosten aus dem Jahr 2018 deutlich angestiegen seien. Das Gebäudemanagement habe dies in der Sitzung des Planungsausschusses jedoch im Vergleich zum Baukostenindex deutlich relativieren können. Der Neubau des Gerätehauses in Richterich stelle nicht nur einen Ersatz für das alte Feuerwehrhaus dar, sondern beinhalte auch eine technische Aufrüstung sowie eine Ergänzung der Rettungswache und gewinne somit eine zusätzliche Qualität. Er dankt Ratsherrn Szagunn zu seinen Ausführungen im Finanzausschuss zum Thema der Freiwilligen Feuerwehr. Diese haben deutlich gemacht, in welcher Qualität die Freiwillige Feuerwehr dazu beitrage, Brandschutz in Aachen überhaupt möglich zu machen. Zukünftig müssen in diesem Bereich viele Investitionen vorgenommen werden, wie beispielsweise in Walheim, Laurensberg und Brand, die bereits Bedarfe angemeldet haben. Aus seiner Sicht müsse hier auch dringend der Löschzug Aachen-Mitte genannt werden. Bei Betrachtung des Brandschutzbedarfsplanes werde deutlich, dass es sich hierbei, neben dem Haus der Neugier, um ein weiteres großes Investitionsprojekt handelt und er betont, dass man eine Priorisierung vornehmen müsse.

Oberbürgermeisterin Keupen teilt mit, dass sie den durch die Verwaltung vorgeschlagenen und durch die Bezirksvertretung Richterich, den Planungsausschuss und den Finanzausschuss beschlossenen Beschlussvorschlag zur Abstimmung bringen werde. Die ergänzende Anregung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz aus seiner Sitzung am 28.01.2025 finde in der weiteren Planung entsprechend Berücksichtigung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Entwurfsplanung und die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Fortführung der Planung in den Leistungsphasen 4 (Genehmigungsplanung), 5 (Ausführungsplanung) und 6 (Vorbereitung der Vergabe) zu. Soweit möglich, sind in den weitergehenden Planungsphasen Gegensteuerungsmaßnahmen zur Kostenreduzierung bzw. Kostendeckung zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 10 Wirtschaftsplan 2025 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudemanagement der Stadt Aachen
ungeändert beschlossen
E 26/0220/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt auf Empfehlung des Betriebsausschusses Gebäudemanagement der Stadt Aachen den Wirtschaftsplan 2025 unter folgendem Vorbehalt:

„Die Ergebnisse der politischen Beratung im Bereich der Investitionen im städtischen Haushalt für 2025 werden nach ihrem Abschluss in den Wirtschaftsplan 2025 eingearbeitet".

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich, 3 Gegenstimmen

Zu 11 Bericht der PKF Fasselt Partnerschaft mbB - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte über den Jahresabschluss zum 31.12.2023 und Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2023 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener Stadtbetrieb der Stadt Aachen sowie Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses für das Jahr 2023

ungeändert beschlossen
E 18/0272/WP18-1

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt auf Empfehlung des Betriebsausschusses Aachener Stadtbetrieb den Jahresabschluss 2023 des Aachener Stadtbetriebes mit folgenden Beträgen festzustellen und den Jahresverlust aus der allgemeinen Rücklage des Betriebes zu decken:

Bilanzsumme	39.668.806,01 Euro
Jahresverlust	460.239,61 Euro

Weiterhin stellt der Rat der Stadt Aachen auf Empfehlung des Betriebsausschusses Aachener Stadtbetrieb den Lagebericht fest und beschließt die Entlastung des Betriebsausschusses
(§ 96 GO NW i.V.m. § 4 EigVO NW) für das Wirtschaftsjahr 2023.

Der Testatbericht ist Bestandteil dieses Beschlusses und der Vorlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 12 Wirtschaftsplan 2025 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener Stadtbetrieb der Stadt Aachen

ungeändert beschlossen
E 18/0275/WP18-2

Ratsherr Deumens (Die Linke) teilt seine Enttäuschung darüber mit, dass der Antrag der Fraktion Die Linke im Fachausschuss für 500.000 Euro für zusätzliche Baumpflanzungen abgelehnt worden sei und möchte im Hinblick auf die Klimaneutralität 2030 an die Dringlichkeit dieser Baumpflanzungen erinnern. Er möchte aber auch betonen, dass die Verantwortlichen in der Verwaltung sich für die Baumpflanzungen einsetzen, dies jedoch nicht ausreichend sei. Auch wenn die Fraktion Die Linke grundsätzlich kritisch gegenüber Fremdvergaben stehe, so könne sie sich vorstellen, mehr Baumpflanzungen in guter Qualität durch eine Fremdvergabe erreichen zu können. Abgesehen davon, werde die Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt auf Empfehlung des Betriebsausschusses Aachener Stadtbetrieb den Wirtschaftsplan 2025 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener Stadtbetrieb.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich, 3 Gegenstimmen

Zu 13 Benehmensherstellung für die differenzierte Regionsumlage 2025 ungeändert beschlossen Dez II/0106/WP18

Ratsherr Deumens (Die Linke) berichtet, dass die Fraktion die Linke dem Beschlussvorschlag gerne zustimmen werde. Allerdings sehe die Fraktion die Landschaftsumlage für den LVR sowie die Gespräche mit der StädteRegion hinsichtlich des Zuwachses an freiwilligen Leistungen kritisch. Hierzu führt er aus, dass die stadtanteilige Landschaftsumlage für den LVR von 2019 bis 2025 um rund 45 % gestiegen sei. Es sei aber auch bekannt, dass sich der LVR aus verschiedenen Aufgaben in den Kommunen zurückgezogen habe, wie zum Beispiel bei der Betreuung von Kindern mit Handicap. Zum zweiten Punkt erläutert er, dass aus Sicht der Fraktion Die Linke ein Zuwachs an freiwilligen Leistungen vor dem Hintergrund der Zunahme der sozialen Probleme durchaus sinnvoll erscheine.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 14 Querbeet für erwerbsunfähige suchtkranke Menschen in der StädteRegion Aachen ungeändert beschlossen FB 56/0556/WP18

Ratsherr Deumens (Die Linke) möchte die Bedeutung dieses Projektes betonen, nicht nur für alle Anwesenden, sondern insbesondere auch für die Menschen, die von dieser Maßnahme profitieren und durch diese ein Stück Respekt für ihre Arbeit erfahren. Im Sozialausschuss sei über viele Jahre hinweg um die problematische Finanzierung gerungen worden. Nun sei es gelungen, eine sowohl inhaltliche als auch finanzielle Neukonzeption dieses Projektes zu erstellen und eine gesicherte Finanzierung für die Jahre 2025 und 2026 aufzustellen. Das Konzept werde evaluiert werden müssen, aber er sei zuversichtlich, dass man eine tragfähige Lösung finden werde, das Projekt auch langfristig sichern zu können.

Ratsfrau Koentges (SPD) schließt sich dem Wortbeitrag von Ratsherrn Deumens an. Auch die SPD-Fraktion begrüße die Finanzierung dieses einzigartigen, niedrigschwelligen Unterstützungsangebotes für suchtkranke Menschen. Sie dankt der Verwaltung für die Arbeit, denn auch wenn die Zuständigkeit bei der StädteRegion liege, möchte man Impulse geben und wünsche sich regelmäßige Berichte über die geleistete Arbeit von Queerbeet im Sozialausschuss.

Ratsfrau Braun (GRÜNE) schließt sich den Wortbeiträgen ihrer Vorredner*innen zu diesem Vorzeigeprojekt an. Sie hoffe darauf, dass der Bund zukünftig keine Einsparungen mehr an der sozialen Infrastruktur vornehme, sondern diese stattdessen weiter stärke.

Ratsherr Mohr (AfD) verweist auf verschiedene Anträge der AfD-Ratsgruppe zum Thema „Sucht“ aus der Vergangenheit und teilt mit, dass die Ratsgruppe dem Beschlussvorschlag gerne zustimme.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis und

1. stimmt dem Konzept des Projekts „Querbeet für erwerbsunfähige Suchtkranke“ des Caritasverbands für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e. V. und seiner Durchführung als neuen Baustein des Integrierten Konzepts für Sicherheit und Attraktivität (IKAS) auf dem Gebiet der Stadt Aachen ab dem 01.01.2025, zunächst befristet bis zum 31.12.2026, zu.

2. beschließt hierfür einen gemeinsamen Zuschuss mit der StädteRegion Aachen in Höhe von jeweils 193.000 € pro Jahr zu zahlen, vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2025 sowie vorbehaltlich der Zustimmung der StädteRegion Aachen. Die Stadt Aachen soll im Rahmen der „differenzierten Regionsumlage Stadt Aachen“ insgesamt 85 % dieses Zuschusses (= 164.050 €) übernehmen, was der bisherigen Lastenteilung in dem Bereich bei Projekten in Aachen entspricht.

3. beschließt die entsprechenden Mittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung bei der differenzierten Regionsumlage bereitzustellen. Eine Teildeckung erfolgt durch anteilige Einsparungen beim Projekt „Gesundheitsregion Aachen“ in Höhe von rd. 23.000 € sowie durch den nicht mehr erforderlichen Haushaltsansatz beim Produkt 050101 „Sonstige soziale Leistungen“ in Höhe von 40.000 €, so dass ein jährlicher Mehraufwand in Höhe von rd. 101.050 € entsteht.

4. beauftragt die Verwaltung, zu gegebener Zeit gemeinsam mit der StädteRegion die Fortführung des Projekts für die Zeit ab 2027 zu prüfen und dabei auch die Nutzerstruktur des Projekts zu evaluieren, um ggf. die zunächst vorgesehene Kostenaufteilung von 85% (Stadt Aachen) bzw. 15% (StädteRegion) anzupassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 15 Anfragen

Zu 15.1 Ratsanfragen
zur Kenntnis genommen
FB 01/0629/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf sechs neue Ratsanfragen, die fristgerecht eingereicht wurden. Fünf dieser Ratsanfragen wurden vorab versandt, eine weitere Ratsanfrage liegt als Tischvorlage aus.

Der Rat nimmt die nach der Geschäftsordnung fristgerecht eingereichten Ratsanfragen zur Kenntnis.

Zu 15.2 Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen
zur Kenntnis genommen
FB 01/0630/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf drei neue Stellungnahmen, die vorab mit den Unterlagen versandt wurden, sowie eine neue Stellungnahme, die heute als Tischvorlage ausliegt.

Der Rat nimmt die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen zu verschiedenen Ratsanfragen zur Kenntnis.

Zu 16 Ratsanträge
ungeändert beschlossen
FB 01/0631/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf fünf neue Ratsanträge, der fristgerecht eingereicht und versandt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 17 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien:

Zu 17.1 Umbesetzungsantrag der AfD-Ratsgruppe vom 03.01.2025
ungeändert beschlossen
FB 01/0624/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der AfD-Ratsgruppe mit Schreiben vom 03.01.2025 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 18 Mitteilungen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Keupen berichtet über die Vorbereitungen für die anstehende Bundestagswahl. Sie teilt mit, dass die ersten 80.000 Stimmzettel in Kürze angeliefert werden sollen und sodann die entsprechenden Brief-

wahlunterlagen versendet werden. Im Folgenden benennt sie die Öffnungszeiten der Wahlämter für die Briefwähler*innen, die auch online einsehbar seien. Am 02.02.2025 sei die Frist für die Antragstellung zur Aufnahme ins Wählerverzeichnis von Auslandsdeutschen ausgelaufen und man könne festhalten, dass 5.200 Anträge bearbeitet worden seien, im Verhältnis zu 3.333 Anträgen bei der letzten Wahl. Aktuell liegen der Verwaltung 44.000 Briefwahlanträge vor. Weiterhin bezieht sie sich auf einen Antrag der CDU-Fraktion zum Thema barrierefreie Wahllokale. Hierzu führt sie aus, dass auf der Homepage der Stadt Aachen die barrierefreien Wahllokale angezeigt werden.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) dankt der Verwaltung für die schnelle Umsetzung des CDU-Antrages.

Ratsfrau Schmitt-Promny (GRÜNE) möchte als positives Signal erwähnen, dass sie über das Bezirksamt Laurensberg die Information erhalten habe, dass sich deutlich mehr Menschen als Wahlhelfer gemeldet haben, als eigentlich benötigt werden.

Sibylle Keupen	Britta Hommelsheim
Oberbürgermeisterin	Schriftführerin